Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik

Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik

27-1 | 2008
Fakten und Statistiken 2008

6. Internationaler Handel

Nadine Keim

OpenEdition Journals

Electronic version
URL: http://journals.openedition.org/sjep/75
DOI: 10.4000/sjep.75
ISSN: 1663-9677

Publisher
Institut de hautes études internationales et du développement

Printed version
Date of publication: 1 avril 2008
Number of pages: 77-99
ISBN: 978-2-940415-02-1
ISSN: 1660-5926

Electronic reference
Nadine Keim, « 6. Internationaler Handel », *Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik* [Online], 27-1 | 2008, Online erschienen am: 23 März 2010, abgerufen am 21 Dezember 2020. URL : http://journals.openedition.org/sjep/75 ; DOI : https://doi.org/10.4000/sjep.75

© The Graduate Institute

6. Internationaler Handel*

Im Jahr 2006 verzeichnete die Weltwirtschaft ein kräftiges Wachstum, das die Expansion des Handels begünstigte. Diese Entwicklung war für die Entwicklungsländer vorteilhaft. In den am wenigsten entwickelten Ländern nahmen die Warenausfuhren sogar noch stärker zu als in den Entwicklungsländern: Ihre Exporte stiegen im Jahr 2006 um rund 30 %. Damit erreichte ihr Anteil zwar den höchsten Wert seit 1980, bleibt aber mit 0,9 % an den weltweiten Ausfuhren weiterhin gering.

2007 bedeutete für die Welthandelsorganisation (WTO) ein arbeitsreiches Jahr. Im Januar beschlossen die Mitgliedsstaaten, die seit Juli 2006 auf Eis gelegten Verhandlungen formell wieder aufzunehmen. Die Vorsitzenden der Verhandlungsgruppen über Landwirtschaft und über Industriegüter unterbreiteten Vorschläge. Der erste Text wurde zwar angenommen, der zweite aber von den Entwicklungsländern heftig kritisiert. Diese Texte schlugen zum ersten Mal in der WTO eine klare Unterscheidung zwischen Schwellenländern und armen Ländern vor. Obwohl die Beteiligten alle Hebel in Bewegung setzten, fiel die für das Jahresende geplante Ministerkonferenz aus.

Die Aid-for-Trade-Initiative gehörte zu den wenigen Themen, in denen die WTO vorankam. Dank diesen Ergebnissen wurden die dürftigen Fortschritte in der Doha-Runde teilweise wettgemacht, und die Positionen der Industrie- und Entwicklungsländer haben sich etwas angenähert. Die Initiative birgt indessen einige Risiken in sich, und die Kernfrage der Finanzierung bleibt unklar. Zu den grossen künftigen Herausforderungen des internationalen Handels gehören die Agrotreibstoffe, die gegenwärtig einen Boom erleben. Heute bilden die Agrotreibstoffe Gegenstand von je nach Land sehr unterschiedlichen Zöllen und nichttarifären Massnahmen, und die Anwendung der Handelsregeln bleibt unklar. Die WTO wird die Rolle des Schiedsrichters übernehmen müssen.

Die Schweiz setzte die Zollpräferenzen auf Weisszucker aus Entwicklungsländern vier Monate lang aus, obwohl die revidierte Verordnung über die Präferenzen gerade erst in Kraft getreten war. Das Jahr 2007 war ausserdem von mehreren interessanten Entwicklungen im Bereich des fairen Handels gekennzeichnet.

6.1 Entwicklung der Handelsbeziehungen

2006 verzeichnete die Weltwirtschaft ein starkes Wachstum und bot damit einen günstigen Rahmen für die Expansion des Handels[1]. Die weltweiten Warenexporte nahmen real um 8 % gegenüber 6,5 % im Jahr 2005 und 9 % im Jahr 2004 zu. Der Zuwachs geht teilweise auf das Anziehen des Handels in Europa

* Nadine Keim, lic. rer. pol., unabhängige Konsulentin.

[1] WTO, *World Trade Report 2007*, 4. Dezember 2007. Zum 60. Jubiläum des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens hält der Bericht Rückschau auf die sechs Jahrzehnte Multilateralismus im Handelsbereich.

zurück. Wie bereits 2005 stiegen die Brennstoff- und Metallpreise im Jahr 2006 weiter an. Der Handelsaufschwung in realen Zahlen übertraf das Wachstum der weltweiten Produktion um über 4 %.

Tabelle 6.1: Weltausfuhren von Waren und kommerziellen Dienstleistungen, 2004–2006 (in Milliarden Dollar)

	2004	2005	2006
Waren	8907	10159	11762
Kommerzielle Dienstleistungen	2125	2415	2710

Quelle: WTO, *International Trade Statistics*, Genf, 4. Dezember 2007.

2006 wurden die weltweiten nominalen Warenexporte stark durch die Preisschwankungen beeinflusst. Die Weltexportpreise für Mineralien und Nichteisenmetalle nahmen um 56 % zu, jene für Brennstoffe um 20 % und jene für Nahrungsmittel und landwirtschaftliche Rohstoffe um 10 %[2]. Die Exportpreise für Fertigwaren stiegen nur um 3 %. Das dritte Jahr in Folge variierten die Preise für Fertigwaren weniger stark als jene für Grundstoffe, was hauptsächlich auf die weiterhin sinkenden Preise für Elektronikprodukte zurückgeht. Die Wechselkursschwankungen wirkten sich 2006 insgesamt nur schwach auf den nominalen Preisanstieg im Warenhandel aus.

Tabelle 6.2: Wertmässiges Wachstum des internationalen Warenhandels nach Regionen, 2006 (in Milliarden Dollar und Prozent)

Région	Exporte				Importe			
	Wert	Jährliche Änderung (%)			Wert	Jährliche Änderung (%)		
	2006	2000-06	2005	2006	2006	2000-06	2005	2006
Ganze Welt	11762	11	14	15	12080	11	13	14
Nordamerika	1675	5	12	13	2546	7	14	11
Latein- und Zentralamerika	426	14	25	20	351	9	23	18
Europa	4957	11	9	13	5218	11	10	14
Europäische Union (25)	*4527*	*11*	*8*	*12*	*4743*	*11*	*9*	*14*
GUS	422	19	28	24	278	23	25	29
Russland	*305*	*19*	*33*	*25*	*164*	*24*	*29*	*31*
Afrika	361	16	30	21	290	14	20	16
Mittlerer Osten	644	16	35	19	373	14	19	14
Asien	3276	12	16	18	3023	12	17	16
China	*969*	*25*	*28*	*27*	*792*	*23*	*18*	*20*
Japan	*647*	*5*	*5*	*9*	*578*	*7*	*13*	*12*
Indien	*120*	*19*	*30*	*21*	*174*	*23*	*41*	*25*

Quellen: WTO, *World Trade Report 2007*, Genf, 4. Dezember 2007. WTO, International Trade Statistics 2007, Genf, 31. August 2007.
Anmerkung: Die Differenz zwischen dem Wert der weltweiten Ausfuhren und demjenigen der weltweiten Einfuhren erklärt sich aus der Berücksichtigung der Fracht- und Versicherungskosten (*cost of insurance and freight*, CIF).

📖 **Jahrbuch 2008**, Nr. 1, Teil „Statistiken", Aussenhandel der Schweiz, Punkt B.1.

[2] Der Lebensmittelpreisindex der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) hat im Jahr 2007 um beinahe 40 % zugenommen (gegenüber 9 % im Jahr 2006). Die Preishausse betrifft im Wesentlichen Milch- und Getreideprodukte. Für nähere Einzelheiten siehe Jacques Diouf, FAO-Generaldirektor, *La flambée des prix alimentaires et les mesures requises*, Pressemitteilung, Rom, 17. Dezember 2007.

Die weltweiten Warenausfuhren stiegen im Jahr 2006 um 15,4 % auf 11 760 Milliarden Dollar an. Diese Hausse lässt sich zu 40 % auf die Inflation zurückführen. Die Exporte von kommerziellen Dienstleistungen legten 2006 um 11 % zu und pendelten sich bei 2710 Milliarden Dollar ein. Der mit 2005 vergleichbare Zuwachs war im vierten aufeinanderfolgenden Jahr schwächer als jener des Warenhandels. Die Exporte von kommerziellen Dienstleistungen Asiens legten im dritten Jahr in Folge rascher zu als der globale Durchschnitt.

6.1.1 Internationaler Warenhandel nach Regionen

2006 war die Expansion des Handels insgesamt sehr vorteilhaft für die Entwicklungsländer. Die Warenexporte der Entwicklungsländer stiegen um 20 % auf 4270 Milliarden Dollar, die Importe um 17 %. Der Anteil der Entwicklungsländer an den weltweiten Warenexporten verzeichnete mit 36 % einen absoluten Rekordwert; ihr Anteil an den weltweiten Warenimporten erreichte mit 31 % den höchsten Stand seit über einem Vierteljahrhundert.

Die am wenigsten entwickelten Länder erlebten einen noch kräftigeren Aufschwung der Warenexporte als alle Entwicklungsländer in den letzten sechs Jahren, darunter 2006. Die Ausfuhren der am wenigsten entwickelten Länder stiegen im Jahr 2006 um etwa 30 % auf 108 Milliarden Dollar an. Ihr Anteil an den Weltwarenexporten erreichte zwar die höchste Prozentzahl seit 1980 (0,9 %), bleibt aber weiterhin vernachlässigbar. Die Importe der am wenigsten entwickelten Länder nahmen um 17 % zu, d.h. deutlich langsamer als die Exporte, sodass diese Ländergruppe erstmals einen Handelsüberschuss verzeichnete.

Die afrikanischen Warenexporte steigerten sich im Jahr 2006 um 21 %, die Importe um 16 %. Der Zuwachs ist hauptsächlich auf die Erdölausfuhren zurückzuführen. Allerdings verzeichneten auch die nicht Erdöl exportierenden Länder um 16 % zunehmende Exporte. In etwa der Hälfte der afrikanischen Länder lag die Expansion über dem globalen Durchschnitt, während nur ein Zehntel der Länder rückläufige Exporte registrierte.

Die Warenexporte und -importe aus Süd- und Zentralamerika kletterten 2006 vor allem dank der kräftig anziehenden Metallkurse weiter in die Höhe.

Der Warenhandel in Asien entwickelte sich 2006 weiterhin schneller als der internationale Handel. China erlebte erneut einen ausserordentlichen Boom des Warenhandels. Auch Indien und Vietnam sowie Bangladesch, Kambodscha und die Mongolei verzeichneten ein kräftiges Wachstum ihrer Aus- und Einfuhren.

6.1.2 Textil- und Bekleidungshandel

Im zweiten Jahr nach dem progressiven Auslaufen des Textil- und Bekleidungsabkommens setzten sich die strukturellen Umwandlungsprozesse fort. Die Exporteure in den Industrieländern und in den fortgeschrittenen Ländern Ostasiens sind mit schrumpfenden Märkten konfrontiert; Gleiches gilt für die Textillieferanten unter den grossen Entwicklungsländern Zentralamerikas und des Mittelmeerraums. Die chinesischen Textilexporte eroberten trotz den 2005 eingeführten Einschränkungen in allen Industrieländern wieder neue Marktanteile.

Einige kleinere Lieferantenländer steigerten ihre Exporte noch rascher als China. Der Anteil der am wenigsten entwickelten Länder an den Einfuhren der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union stieg 2006 stark an.

6.2 Welthandelsorganisation (WTO)

6.2.1 Stand der Verhandlungen

2007 bedeutete für die WTO ein intensives Jahr. Die meisten Mitgliedsstaaten, der Generaldirektor sowie die verschiedenen Verhandlungsgruppen liessen nichts unversucht, um die Verhandlungen voranzutreiben, und bekräftigten unablässig den Willen, die 2001 lancierte Doha-Runde, deren Abschluss eigentlich für 2004 geplant war, unter Dach und Fach zu bringen. Jede wichtige Sitzung wurde als „letzte Chance" oder „Stunde der Wahrheit" bezeichnet[3].

Am Rande des Davoser Weltwirtschaftsforums von Ende Januar verständigten sich die Minister von rund dreissig WTO-Mitgliedsstaaten darauf, die seit Juli 2006[4] ausgesetzten Verhandlungen formell wieder aufzugreifen. Nach Monaten langwieriger Gespräche fand im Juni in Potsdam eine entscheidende Sitzung statt, die jedoch in einem Fiasko endete. Die Hoffnung, den Stillstand zu überwinden, blieb unerfüllt; ebenso wenig wurde die Befürchtung bestimmter Länder zerstreut, dass eine neue „Quad"[5] entstehen könne, die – obwohl wegen der Präsenz der Entwicklungsländer legitimer als die Vorgängergruppe – den Multilateralismus zu beeinträchtigen drohe.

Während der Verhandlungen, die erneut durch die strategischen und thematischen Bündnisse zwischen Entwicklungsländern geprägt waren, bildeten sich neue Ländergruppen[6]. Die G-6 – Vorreiter in den Gesprächen von 2006 – verkleinerte sich zunächst um zwei Mitglieder (Australien und Japan) und wurde zur G-4 (Vereinigte Staaten, Europäische Union, Brasilien, Indien). Der Grundgedanke dabei war, dass nur eine Annäherung zwischen diesen vier Grossmächten des Welthandels, von denen zwei in der Entwicklungswelt eine Führungsrolle spielen, einen Durchbruch herbeiführen kann.

Im Juli unterbreiteten die Vorsitzenden der beiden Verhandlungsgruppen über die Landwirtschaft[7] und über die Industriegüter[8] Vorschläge zu Modalitäten für ein Abkommen (siehe Kasten unten). Der Entwurf über die Landwirtschaft

[3] Pascal Lamy vor dem Internationalen Währungsfonds (IWF) am 20. Oktober 2007. International Centre for Trade and Sustainable Development (ICTSD), „AG Chair Preparing to Revise Text as Lamy Says ‚Hour of Truth Approaching Rapidly'", *Bridges Weekly*, Vol. 11, Nr. 36, 24. Oktober 2007.

[4] SECO, *Informal WTO Ministerial Meeting on the Margins of the WEF*, Medienmitteilung, 27. Januar 2007. ATS, „A Davos, la rencontre ministérielle de l'OMC relance le round de Doha", *Le Temps*, 29. Januar 2007.

[5] Mit diesem Begriff wurde während der Uruguay-Runde die Viererbande (Vereinigte Staaten, Europäische Union, Kanada, Japan) beschrieben, die den Übrigen ihren mehr oder weniger im engen Kreis ausgehandelten Kompromiss aufzwang.

[6] Die Ländergruppen werden häufig mit Abkürzungen bezeichnet, die nicht alle in diesem Kapitel definiert sind; der Leser wird auf die Definitionen in der Abkürzungsliste am Ende des vorliegenden Jahrbuchs verwiesen.

[7] WTO, *Revised Draft Modalities on Agriculture,* 1. August 2007. Im November und Dezember 2007 wurden neue Arbeitsunterlagen verteilt.

[8] WTO, *Chairman's Introduction to the Draft NAMA Modalities*, 17. Juli 2007.

wurde als mögliche Verhandlungsgrundlage angenommen, derjenige über die Industriegüter löste bei den Entwicklungsländern jedoch heftige Kritik aus.

Der Neustart der Verhandlungen im September fand in einer neuen, von den Vereinigten Staaten veranlassten Konfiguration statt: in der G-8, bestehend aus den Mitgliedern der G-4 plus Australien, Japan, Argentinien und Kanada. Indien machte seine Mitwirkung jedoch sehr bald davon abhängig, dass mehr Entwicklungsländer integriert werden. Nachdem China, Südafrika, Jamaika und Indonesien dazu stiessen, wurde die G-8 zur G-12. Die Gespräche führten jedoch zu wenig greifbaren Fortschritten.

Obwohl gemäss der Satzung der WTO alle zwei Jahre eine Ministerkonferenz stattfinden soll, wurde kein Termin festgelegt. Die 2008 anstehenden Wahlen – Parlament in Indien, Präsident in den Vereinigten Staaten – könnten in der Doha-Runde zu einer andauernden Verlangsamung führen[9].

Neueinreihung der Entwicklungsländer

Die Entwürfe zur Landwirtschaft bzw. zu den Industriegütern beinhalteten mit der Unterscheidung zwischen Schwellenländern und armen Ländern erstmals in der Geschichte der WTO eine klare Kategorisierung der Entwicklungsländer. Bestimmte Länder wie Indien, Brasilien, China, Indonesien, die Philippinen, Südafrika, Kuba, Venezuela, Thailand, Mexiko, Chile und Argentinien wurden so von bestimmten Massnahmen der besonderen und differenzierten Behandlung ausgeschlossen. Überdies müssen sie künftig ihre Agrar- und Industriezölle stärker senken.

Seit Doha bestand das erklärte Ziel der Industrieländer (darunter der Schweiz, die eine Neueinreihung der Entwicklungsländer eindeutig befürwortet) in immer grösserem Zugang zu den Märkten der Schwellenländer. Die Industrieländer sind nicht länger willens, ihnen die gleichen Vorteile wie den ärmsten Ländern zu gewähren. Die Entwicklungsländer leisten jedoch Widerstand gegen diese Politik. Besonders China reagierte auf das Vorhaben der Industrieländer, die China die Flexibilitäten, die den jüngsten WTO-Beitrittsländern gewährt werden, nicht einräumen wollen; damit anerkennen sie die häufig über die bestehenden Regeln hinausgehenden Anforderungen und Reformleistungen. China drohte sogar, sein Vetorecht auszuüben.

Quellen: WTO, Revised Draft Modalities on Agriculture, TN/AG/W/4, 1. August 2007. WTO, *Chairman's Introduction to the Draft NAMA Modalities*, JOB(07)/126, 17. Juli 2007.

Die WTO-Verhandlungen litten unter der von Unsicherheit überschatteten Lage und der bisweilen unklaren Position der Hauptakteure:

- *Brasilien* scheint auf einen Abschluss zu drängen: Brasilien macht einerseits die Doha-Runde zu einem zentralen Thema seiner internationalen Politik und braucht deshalb einen Erfolg; andererseits hat Brasilien grösstes Interesse an einer Öffnung der Weltagrarmärkte.
- *Die Europäische Union* fiebert ebenfalls nach einem Abkommen, weil sie die Auswirkungen ihrer neuen gemeinsamen Agrarpolitik als obligates Zugeständnis an die WTO verkaufen möchte.
- *Indien* hat grössere Vorbehalte: Indien ist zwar auch sehr an der Möglichkeit interessiert, mehr Dienstleistungen und Arbeitskräfte zu exportieren, bezweifelt aber, ob es die rund 600 Millionen indischen Kleinbauern – in bestimmten Regionen begehen Tausende von ihnen Selbstmord – weiter schützen kann.

[9] Reuters, *Lamy Warns against Pushing Doha Talks in 2008*, Zürich, 7. November 2007.

❑ *Die Vereinigten Staaten* senden widersprüchliche Signale aus, was auf die interne Konfrontation zwischen der geschwächten republikanischen Regierung und dem demokratischen Kongress, der die Handelspolitik wieder in die Hände nehmen möchte, zurückgeht. Der Kongress zeigte sich in Sachen Verlängerung des *Fast-Track*[10]-Verfahrens skeptisch. Das neue Landwirtschaftsgesetz sollte 2008 zum Abschluss kommen. Die vom Repräsentantenhaus Ende Juli abgesegnete Fassung schreibt die seit 2002 verfolgte Agrarpolitik mehr oder minder unverändert fort, mit dem gleichen, wenn nicht sogar noch weiter ausgebauten, Subventionssystem[11].

Die Schweiz ihrerseits setzte sich weiter für einen maximalen Schutz ihrer Landwirtschaft und für einen möglichst weitgehenden Marktzugang für ihre Industriegüter und Dienstleistungen ein. Ausserdem möchte die Schweiz das geistige Eigentum besser schützen und die geografischen Herkunftsangaben ausdehnen.

🕮 **Jahrbuch 2007,** Nr. 1, Positionen in der Schweiz, S. 77–78.

6.2.2 Die Verhandlungen im Einzelnen

Die Verhandlungen stiessen auf die gleichen Stolpersteine wie in den Vorjahren. Wie die G-110[12] und die G-20 Mitte November bekräftigten, fordern die Entwicklungsländer in erster Linie Ergebnisse in der Landwirtschaft, weil dieser Sektor der Hälfte ihrer Bevölkerung ein Auskommen verschafft und nach ihrer Auffassung den Ambitionsniveau der Doha-Runde bestimmen sollte[13]. Ausserdem verlangen sie von den nördlichen Ländern eine drastische Kürzung der Subventionen, besseren Zugang zu ihren Märkten sowie den Schutz von Produkten im Zusammenhang mit der Nahrungsmittelsicherheit. Die Industrieländer dagegen sind nur zu Zugeständnissen in der Landwirtschaft bereit, wenn der Süden als Gegenleistung die Märkte für ihre Industriegüter und Dienstleistungen weiter öffnet.

🕮 **Jahrbuch 2007,** Nr. 1, Verhandlungen in der WTO, S. 74–85. **Jahrbuch 2006,** Nr. 1, Welthandelsorganisation, S. 86–94; Ministerkonferenz von Hongkong, S. 94–97.

❑ *Landwirtschaft*

Obwohl eine Einigung noch nicht in Reichweite liegt, wurden in den Landwirtschaftsgesprächen offensichtlich einige Fortschritte erzielt. Laut dem Vorsitzenden der Verhandlungsgruppe seien die verschiedenen Positionen bei der Suche nach Lösungen realistischer und ehrlicher geworden. Mit dem Text von Juli[14], den viele Entwicklungsländer für besser halten als die vorherigen Versionen, versuchte der Vorsitzende, allen Parteien entgegenzukommen. Gegenüber den

[10] Beim *fast track* handelt es sich um das Mandat des amerikanischen Kongresses an die Regierung, Handelsabkommen auszuhandeln und abzuschliessen. Das Mandat ist Ende Juni abgelaufen und wurde schliesslich im Dezember verlängert.

[11] International Food and Agricultural Trade Policy Council, *The 2007 US Farm Bill: Implications for Developing Countries*, IPC-Issue-Brief, Nr. 25, September 2007.

[12] Die G-110 umfasst die G-20, die G-33, die NAMA-11, die AKP-Gruppe, die LDC, die afrikanische Gruppe (d.h. die 41 afrikanischen WTO-Mitgliedsstaaten), die kleinen und verletzlichen Volkswirtschaften und die C-4.

[13] *Joint Statement of the G-20, the G-33, the Nama-11, the ACP Group, the LDCs, the African Group, the Small, Vulnerable Economies (SVEs), and the Coton-4*, 15. November 2007.

[14] Siehe Fussnote 7.

Industrieländern zeigte er sich anspruchsvoller und forderte eine stärkere Senkung der Zölle und Subventionen, sodass die – von der Schweiz geleitete – G-10[15] die Meinung vertrat, dass die vorgeschlagene Öffnung zu weit gehe[16].

Dagegen blieb der Text in einigen Punkten, die für die Entwicklungsländer wesentlich sind, besonders betreffend die „speziellen Produkte“[17] und die Sonderschutzklausel gegen schädliche Einfuhren, sehr vage. Es geht darum, den Entwicklungsländern zu gestatten, eine bestimmte Anzahl ihrer Agrarprodukte vor dem ausländischen Wettbewerb zu schützen. 2007 drehte sich die Diskussion um die Indikatoren, die die G-33 ausgearbeitet hatte, um diese Agrarprodukte zu definieren und auszuwählen. Es kam jedoch keine Einigung zustande.

Weitere Fragen wurden zwar besprochen, führten aber zu keinem Konsens, z.B. die Verringerung der handelsverzerrenden Subventionen, die Regeln über Exportkredite und die Nahrungsmittelhilfe. Die Definition der allgemeinen Zollsenkungsformel wurde eingehend erörtert. Die Europäische Union und die G-10-Länder sperren sich gegen weitgehende Reduzierungen und kämpfen für das Recht, als Pendant zu den „speziellen“ Produkten für die Entwicklungsländer „sensible“ Produkte für die Industrieländer zu definieren.

❏ *Baumwolle*

Das Baumwolldossier steckt nach wie vor in einer Sackgasse. Die Vereinigten Staaten haben der Gruppe der vier afrikanischen Länder[18], die ursprünglich die Baumwollinitiative in der WTO ergriffen hatten, immer noch keine Vorschläge unterbreitet. Ihren undeutlichen Äusserungen zufolge wären sie zwar bereit, die Modalitäten zur Landwirtschaft als Verhandlungsbasis zu akzeptieren, beurteilten aber die Vorschläge zur Baumwolle als unannehmbar. So stellten sie insbesondere eine Verpflichtung der Ministerkonferenz von Hongkong im Jahr 2005 in Frage, wonach Baumwolle im Verhandlungsprozess prioritär, spezifisch und zügig behandelt werden muss[19] – unter dem Druck der Senatsmitglieder, die Ende September ein offenes Schreiben an die amerikanische Regierung richteten und mit dem Veto gegen ein etwaiges Abkommen drohten.

Im Oktober gab ein WTO-Panel Brasilien in der Baumwollfrage Recht gegen die Vereinigten Staaten. Nach Dafürhalten des Panels haben die Vereinigten Staaten das Urteil des Berufungsorgans[20] von 2005 über die interne Stützung und die Exportsubventionsprogramme nicht gänzlich umgesetzt[21].

[15] Die von der Schweiz vor der WTO-Ministerkonferenz in Cancún 2003 gegründete G-10 besteht aus Nettoimporteuren von Agrarprodukten (Bulgarien, Island, Israel, Japan, Liechtenstein, Norwegen, Mauritius, Schweiz, Südkorea und Taiwan).

[16] ICTSD, „And Now for the Real Crunch“, *Bridges*, Vol. 11, Nr. 5, August 2007. Swissinfo, *Das „Jein“ des Verhandlungsführers bei der WTO*, 25. Juli 2007.

[17] Die nationale Reisproduktion könnte z.B. geschützt werden, wenn die Zölle auf Importreis aufrechterhalten werden können.

[18] Benin, Burkina Faso, Mali und Tschad (C-4).

[19] IDEAS, *Vent chaud et vent froid sur les négociations agricoles*, Informationsmitteilung, Nr. 69, 1. Oktober 2007.

[20] Das Urteil gegen die amerikanischen Baumwollsubventionen wurde vom Streitbeilegungsorgan der WTO im Jahr 2003 erlassen und vom Berufungsorgan 2005 bestätigt. Im August 2006 forderte Brasilien die Schaffung eines Panels, um die Konformität der Massnahmen, die die Vereinigten Staaten getroffen hatten, zu beurteilen. Im Dezember 2007 veröffentlichte die WTO ihren Bericht.

[21] IDEAS, *Résumé de la décision du Groupe spécial de la mise en conformité dans le différend sur le coton*, Informationsmitteilung Nr. 71, 26. Oktober 2007.

❏ *Industriegüter*

Die Verhandlungen über den Marktzugang für Nicht-Agrarprodukte (NAMA) erzielten 2007 keine Fortschritte. Die zahlreichen Unterschiede spitzten sich sogar zu.

Die Entwicklungsländer, besonders die Gruppe der NAMA-11[22], bezeichneten die Vorschläge zu den Modalitäten als unausgewogen und unfair, zu stark zugunsten der Industrieländer und einer kleinen Gruppe Entwicklungsländer, von denen die meisten ein Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten unterzeichnet haben[23]. Erstens denken die Entwicklungsländer, dass von ihnen verglichen mit den Forderungen an die Industrieländer im Agrarbereich zu viel verlangt wird; zweitens könnte die verlangte Öffnung ihrer Märkte zur Desindustrialisierung bestimmter sensibler Sektoren führen.

Auch in Bezug auf die Zollsenkungsformel und die zusätzlichen Massnahmen, die die kleinen und verletzlichen Volkswirtschaften forderten, um ihre Fertigprodukte teilweise gegen Zollsenkungen zu schützen, gab es keine Bewegung. Die Schweiz gehörte an der Seite der Vereinigten Staaten, der Europäischen Union, Japans, Neuseelands und Mexikos zu denjenigen Ländern, welche die Forderungen der NAMA-11 besonders nachdrücklich ablehnten.

❏ *Geistiges Eigentum*

Im Jahr 2007 wurden die Gespräche zu verschiedenen handelsbezogenen Aspekten der Rechte des geistigen Eigentums (TRIPS) fortgesetzt.

Öffentliches Gesundheitswesen

Die Frist zur Ratifizierung der Änderung des Abkommens über TRIPS und die öffentliche Gesundheit wurde um zwei Jahre verlängert. Nur 13 Länder – darunter 2006 die Schweiz – haben das Abkommen bisher unterzeichnet. Das Europäische Parlament gab im Oktober 2007 grünes Licht und ebnete damit die Bahn für die Ratifizierung durch die 27 europäischen Staaten. Die im Dezember 2005 verabschiedete Änderung gestattet den WTO-Mitgliedern, ihre Patente für die Produktion und Ausfuhr von billigen Generika in arme Länder ohne Fabrikationskapazitäten auszusetzen. Kanada und Ruanda haben dieses Verfahren als Erste angewandt[24].

Im Mai machte Brasilien zum ersten Mal seine Drohung wahr, Zwangslizenzen auszustellen, um die Pharmakonzerne zu einer Preissenkung zu bewegen. Brasilien erteilte sich mit der Unterzeichnung eines Dekrets die Bewilligung, das Generikum eines Medikaments von Merck & Co. aus Indien zu importieren. Damit folgte Brasilien dem Beispiel Thailands, das seit November 2006 mehrere Zwangslizenzen ausgestellt hat[25].

Im Juni verabschiedete die Schweiz die dritte Revision der sektoriellen Pharma-Initiative der WTO, die das Ziel verfolgt, im Handel zwischen der Schweiz,

[22] Ägypten, Argentinien, Bolivien, Brasilien, Indien, Indonesien, Namibia, Philippinen, Südafrika, Tunesien, Venezuela.

[23] Chile, Costa Rica, Hongkong, Kolumbien, Mexiko, Peru, Singapur und Thailand.

[24] Im September 2007 gewährten die kanadischen Behörden der Firma Apotex Inc. mit einer Zwangslizenz das Recht, eine Generikum-Kopie eines patentgeschützten Medikaments gegen HIV/AIDS für den Export nach Ruanda herzustellen.

[25] Daniel Ten Kate, „Nouvelle menace sur les génériques thaïlandais“, *Courrier international*, 31. Mai 2007.

Kanada, den Vereinigten Staaten, Japan, Macao, Norwegen und der Europäischen Union die Zölle auf weiteren 1300 pharmazeutischen Produkten zu beseitigen[26].

Artenvielfalt

Die 32 am wenigsten entwickelten Mitgliedsländer der WTO und die afrikanische Gruppe unterstützten den Änderungsvorschlag mehrerer Entwicklungsländer (darunter Brasilien, China, Ecuador, Indien und Südafrika) betreffend die Artenvielfalt. Das TRIPS-Abkommen soll zwecks Bekämpfung der Biopiraterie geändert werden[27]. Insbesondere die Vereinigten Staaten und Japan wehren sich gegen diese Änderung, die die WTO-Regeln in Einklang mit dem Übereinkommen über die Artenvielfalt bringen würde.

Geografische Herkunftsangaben

Die Schweiz, die Europäische Union, Indien und andere Länder fordern eine Ausweitung des Schutzes der geografischen Herkunftsangaben auf zusätzliche Produkte neben Weinen und Spirituosen. Länder wie Argentinien, Kanada, Chile und die Vereinigten Staaten sind dagegen, weil sie befürchten, dass von ihren Produzenten seit langem gebrauchte Bezeichnungen plötzlich verboten werden könnten.

❏ *Dienstleistungen*

Die WTO steht vor der Schwierigkeit, in den Dienstleistungsverhandlungen einen höheren Gang einzuschalten („to shift the negotiations into a higher gear"[28]). Seit der Ministerkonferenz von Hongkong wurde kein neuer ernst zu nehmender Vorschlag unterbreitet. Der Vorsitzende der Verhandlungsgruppe leitete im Oktober informelle Konsultationen in die Wege.

❏ *Streitbeilegung*

Das Streitbeilegungsorgan wurde mit mehreren Klagen befasst. Brasilien reichte unterstützt von Kanada eine Klage gegen 74 Agrarsubventionsprogramme ein, mit denen die Vereinigten Staaten die Regeln der WTO verletzt hätten. Die USA erhoben zwei Klagen gegen China: Die erste betrifft die Hindernisse beim Import von Kulturgütern, die zweite Verletzungen des geistigen Eigentums. Ausserdem entfachten die Vereinigten Staaten den Bananenkrieg gegen die Europäische Union neu und forderten von der WTO, die Diskriminierung, die auf die Beibehaltung der Kontingente für AKP-Länder[29] zurückgeht, zu verurteilen.

❏ *Beitritt*

Die WTO nahm im Juli das Königreich Tonga als 151. Mitglied auf[30]. Im Dezember erteilte sie das Plazet für den Beitritt der Kapverdischen Inseln, die die im Laufe des Jahres 2008 ausgehandelten Ergebnisse noch ratifizieren müssen[31].

[26] SECO, *WTO: Dritte Revision der Pharma-Initiative*, Medienmitteilung, 11. Juni 2007.

[27] Die Patentinhaber werden gezwungen, die Herkunft der genetischen Ressourcen und der in ihren Erfindungen verwerteten traditionellen Kenntnisse offenzulegen sowie die vorgängige Zustimmung der betroffenen Bevölkerungen und die Aufteilung der Vorteile zu beweisen.

[28] Pascal Lamy, *Doha success will need positive outcome in services*, WTO, 15. Oktober 2007.

[29] Alain Faujas, „Les Etats-Unis relancent la ‚guerre de la banane' contre les Européens", *Le Monde*, 1. Juli 2007.

[30] WTO, *Tonga becomes the 151st member of WTO*, Pressemitteilung, 27. Juli 2007.

[31] WTO, *Lamy welcomes Cap Verde's accession as another sign of confidence in the WTO*, Pressemitteilung, 18. Dezember 2007.

6.2.3 Aid-for-Trade-Initiative

Die Aid-for-Trade-Initiative gehört zu den wenigen Themen, zu denen die WTO 2007 Fortschritte verzeichnete. Mit den erzielten Ergebnissen konnten die dürftigen Fortschritte in der Doha-Runde teilweise wettgemacht und die Positionen der Industrie- und der Entwicklungsländer etwas angenähert werden. Die Frage stand zwar schon auf dem Arbeitsprogramm von Doha[32], aber die eigentliche Initiative wurde formell während der Ministerkonferenz von Hongkong im Jahr 2005 lanciert[33].

🕮 **Jahrbuch 2007,** Nr. 1, Aid for Trade, S. 84–85.

Aid for Trade ist keineswegs ein neues Thema. Wie jedoch die Initiative der WTO zeigt, erkannten die Mitgliedsländer allmählich, dass die Marktöffnung allein nicht genügt, sondern dass die ärmeren Länder Hilfe brauchen, um die neuen Handelschancen zu ergreifen. Diese „revolutionäre"[34] Erkenntnis hatte sich in den Verhandlungen der Uruguay-Runde und zum Zeitpunkt der Schaffung der WTO noch nicht durchgesetzt. Zweck der neuen Initiative ist es, die Koordination unter den bereits bestehenden Entwicklungshilfemechanismen in diesem Bereich effizienter zu gestalten.

Neben der WTO (siehe Kasten unten) beschäftigen sich viele andere Akteure mit der Thematik: einige Sonderorganisationen der UNO, die Weltbank, die regionalen Banken, die staatlichen Entwicklungsstellen und Nichtregierungsorganisationen (NRO). Das breite Thema Aid for Trade umfasst insbesondere die folgenden Kapitel[35]:

- *Handelspolitik* (Ausarbeitung von nationalen Handelspolitiken, Teilnahme an den Verhandlungen, Umsetzung der Ergebnisse);
- *wirtschaftliche Infrastrukturen* (Beförderung, Lagerung, Kommunikation, Energie);
- *Produktionskapazität* (Investitionen zur Förderung der Handelstätigkeiten);
- *Strukturanpassungshilfe* (Entschädigung der Kosten wegen der Zollsenkungen).

Die finanziellen Aspekte der Aid-for-Trade-Initiative bleiben jedoch verworren. In Hongkong und anlässlich des G-8-Gipfels[36] stellten mehrere Länder Beiträge in Aussicht (Japan, die Vereinigten Staaten, die Europäische Union)[37]. Die WTO-Mitglieder forderten die Task Force auf, einen angemessenen Mechanismus zur Gewährleistung zusätzlicher Finanzquellen festzulegen. Einige

[32] WTO, *Ministerial Declaration adopted on 14 November 2001* (Doha), Absätze 27 (Handelserleichterung), 35 (kleine Volkswirtschaften), 38–41 (technische Zusammenarbeit und integrierter Rahmen), 42–43 (LDC), WT/MIN(01)/DEC/1, 20. November 2001.

[33] WTO, *Ministerial Declaration adopted on 18 December 2005* (Hongkong), Absatz 57 (Aid for trade), WT/MIN (05)/DEC, 22. Dezember 2005.

[34] Sheila Page, *The Potential Impact of the Aid for Trade Initiative*, G-24 Discussion Paper Series, nº 45, UNCTAD, April 2007.

[35] Die WTO-Task-Force für Aid on Trade legte im Juli 2006 sechs grosse Kategorien fest: Handelspolitiken und Regelung, Handelsentwicklung, handelsbezogene Infrastrukturen, Aufbau von Produktionskapazitäten, handelsbezogene Anpassung und weitere handelsbezogene Bedürfnisse.

[36] Es handelt sich hier um die Gruppe der acht Länder unter den am meisten industrialisierten Ländern (zu unterscheiden von der oben erwähnten Gruppe, Abschnitt 6.2.1).

[37] WTO, *Recommendations of the Task Force on Aid for Trade*, WT/AFT/1, 27. Juli 2006.

Akteure peilen die Zahl von 30 Milliarden Dollar an. Um diese Zielvorgabe zu erreichen, müssen die Versprechen, weitere Ressourcen beizusteuern, eingehalten werden.

❏ *Tätigkeiten im Jahr 2007*

Im Anschluss an die Empfehlungen der Task Force[38] setzte die WTO im März die „Task Force on Aid for Trade" ein, in der die Weltbank, der IWF, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO), das Internationale Handelszentrum (ITC), die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) sowie die regionalen Banken vertreten sind. Vertreter des Privatsektors oder der Zivilgesellschaft gehören nicht zur Task Force. Ihre Rolle besteht darin, die Aid-for-Trade-Initiative zu planen und zu lenken, während die WTO für das Follow-up und für die Evaluation zuständig ist.

Tätigkeiten der WTO für Aid for Trade

Technische Zusammenarbeit

Die vom WTO-Sekretariat geleistete technische Zusammenarbeit soll die menschlichen und institutionellen Kapazitäten in den Entwicklungsländern festigen. Adressaten der Zusammenarbeit sind die Beamten dieser Länder, Gegenstand bilden die Abkommen der WTO. Die technische Zusammenarbeit umfasst Kurse und Praktika, Unterstützung in der Handelspolitik sowie zwei Programme:

1. Integrierter Rahmen (Integrated Framework): Der von sechs Organisationen (IWF, UNDP, Weltbank, ICT, UNCTAD und WTO) eingerichtete integrierte Rahmen soll den am wenigsten entwickelten Ländern dabei helfen, den Handel in ihre Entwicklungsstrategien einzubeziehen.

2. Gemeinsames integriertes technisches Unterstützungsprogramm (Joint Integrated Technical Assistance Program, JITAP): Dieses von drei Organisationen (ICT, UNCTAD und WTO) geschaffene Programm soll die Integration der afrikanischen Länder in das multilaterale Handelssystem fördern.

Internationales Handelszentrum (ICT)

Das ICT, das Organ der UNCTAD und der WTO für die technische Zusammenarbeit, befasst sich mit den operativen Aspekten der Handelsentwicklung und ist auf die Unternehmen des Privatsektors ausgerichtet.

Datenbank OECD-WTO

Die Datenbank bietet Informationen zu Projekten der handelsbezogenen technischen Unterstützung. Im April wurde ein gemeinsamer Bericht über den Zeitraum 2001–2006 veröffentlicht.

Die Schweiz steuert die grosszügigsten Beiträge an die verschiedenen WTO-Initiativen für Aid for Trade bei. Zwischen 2001 und 2006 zahlte die Schweiz 39 Millionen Dollar, gefolgt von Schweden (31), Norwegen (28), den Niederlanden (23), Deutschland (20), Grossbritannien (16), Kanada (15), den Vereinigten Staaten (12) und Japan (5).

Quelle: Graduate Institute of International Studies (HEI, Geneva) und Global Economic Governance Programme (University of Oxford), *A Governance Audit of the WTO: Making Global Trade Work for Development*, WTO Public Forum, 4.–5. Oktober 2007.

Im September und im Oktober organisierten die WTO und die regionalen Banken drei regionale Prüfungen von Aid for Trade: in Lima (Peru) für Latein-

[38] *Ibid.*

amerika und Karibik, in Manila (Philippinen) für Asien und Pazifik und in Daressalam (Tansania) für Afrika.

Die globale Prüfung von Aid for Trade fand im November in Genf statt[39] und verfolgte drei Ziele: Bestandesaufnahme, Festlegung der nächsten Etappen, Beurteilung der Fortschritte. Die Schlussfolgerung war, dass hinsichtlich der Analyseinstrumente sowie bei der Umsetzung und Anpassung an die regionalen, nationalen und sektoriellen Besonderheiten noch Fortschritte erforderlich sind[40].

Die WTO startete in enger Zusammenarbeit mit der OECD einen Prozess, um ein neues Notifizierungssystem einzuführen, das alle Ausgaben für Aid for Trade erfassen soll[41]. Nach den ersten Angaben wurden zwischen 2002 und 2005 durchschnittlich 21 Milliarden Dollar jährlich für Aid for Trade ausgegeben[42], was einem Drittel der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe entspricht.

❏ *Offene Fragen*

Einige Beobachter befürchten trotz den Fortschritten, dass die Initiative die heiklen Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern noch komplizierter machen und dass sie instrumentalisiert werden könne, um die Entwicklungsländer zu mehr Marktöffnung zu zwingen[43]. Ein weiteres Risiko besteht womöglich darin, dass die Initiative als Ersatz für die Versprechen der reichen Länder in Doha herhält.

Anlässlich der globalen Prüfung im November unterzeichneten über 40 Entwicklungs-NRO einen Appell[44]. Nach Auffassung dieser Organisationen sind viele Fragen noch in der Schwebe:

- *Definition:* Die Geber- und die Empfängerländer haben immer noch keine genaue Definition von Aid for Trade vereinbart, was die Evaluations- und die Notifizierungsarbeit erschwert.
- *Koordination:* Die Koordination von Aid for Trade unter den zahlreichen bilateralen und multilateralen Akteuren erweist sich als komplexe Aufgabe.
- *Empfänger:* Effiziente Aid for Trade setzt voraus, dass die Empfänger ihre Bedürfnisse selbst formulieren. Die meisten spielen jedoch eine verhaltene Rolle. Vor Ort stellt sich ausserdem das Problem der Absorptionskapazitäten und der Umsetzung.
- *Finanzierung:* Wenn zusätzliche Mittel ausbleiben, besteht die Gefahr, dass Aid for Trade zu einer reinen Umschichtung der staatlichen Entwicklungshilfegelder wird.

[39] Ram Etwareea, „Comment aider les pays pauvres à mieux profiter du marché mondial", *Le Temps*, 20. November 2007.

[40] Pascal Lamy, WTO-Generaldirektor, *Press Conference with the Director-General*, 21. November 2007.

[41] OECD und WTO, *Aid for Trade at a Glance 2007*, Vol. 1, *1st Global Review*, Vol. 2, *Country and Agency Chapters*, 2007.

[42] Angel Gurria, OECD-Generalsekretär, *Aid for Trade: Making Globalisation Work for All*, Rede vor der WTO am 20. November 2007.

[43] Institute for Agriculture and Trade Policy (IATP), *Can Aid Fix Trade ?*, Minneapolis, September 2006. Carin Smaller, *The hitchhiker's guide to Aid for Trade,* IATP, 13. November 2007. IATP, *WTO's Aid For Trade Agenda Raises Questions*, Pressemitteilung, 19. November 2007.

[44] Center of Concern and IATP, *Statement: Global Aid for Trade Review (November 21–22)*, 2007.

6.2.4 Erfindungspatente

Im August 2007 wurde die Klage des multinationalen Pharmakonzerns Novartis gegen das indische Patentrecht vom Hohen Gericht von Chennai, Indien, abgewiesen. Aufgrund eines zurückgewiesenen Patentantrags für ein Krebsmedikament hatte Novartis im Mai 2006 Klage erhoben: Diese richtete sich nicht nur gegen den Entscheid des indischen Patentamts, sondern auch gegen die entsprechende Gesetzesbestimmung, welche pharmazeutische Verbesserungen und neue bzw. abgeleitete Formen einer bekannten Substanz nicht als patentfähige Erfindungen anerkennt, um eine Häufung von unnützen oder missbräuchlichen Patenten zu vermeiden. Der Richterspruch bestätigte die Verfassungsmässigkeit der Gesetzesbestimmung, lässt aber die Frage der Legitimität mit Blick auf das WTO-Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (TRIPS) offen.

NRO wie die Erklärung von Bern, Oxfam oder Ärzte ohne Grenzen begrüssten das Gerichtsurteil, von dem die Patienten in Indien und in anderen Entwicklungsländern profitieren[45]. Eine Widerrufung der Gesetzesbestimmung hätte den Zugang zu wesentlichen Generika in Indien und in den Entwicklungsländern, die indische Generika importieren, gefährdet.

Novartis ging zwar nicht in Berufung, kündigte aber an, die in Indien geplanten Investitionen nun in Länder mit einem ausgedehnten Patentschutz umzulenken. Die Schweiz erklärte, im Moment stehe es nicht zur Diskussion, die WTO mit der Angelegenheit zu befassen. Indien und die Schweiz unterzeichneten im August ein Verständigungsprotokoll über den Schutz des geistigen Eigentums[46]. Das Dokument sieht einen intensiveren Informations- und Erfahrungsaustausch sowie die Schaffung einer Arbeitsgruppe vor, die sich mit Fragen rund um das geistige Eigentum wie Verhinderung von Herstellung, Vertrieb und Verkauf von gefälschten Produkten beschäftigen soll.

6.3 Handel mit Agrotreibstoffen

6.3.1 Kommerzielle Aussichten

Agrotreibstoffe erleben derzeit einen Boom (siehe Kasten unten); sie bilden ein grosses Zukunftsthema des Welthandels. Gegenwärtig sind Agrotreibstoffe hauptsächlich für den Binnenverbrauch bestimmt; nur 10% werden auf dem internationalen Markt verkauft. Dies könnte sich allerdings rasch ändern.

📖 **Jahrbuch 2007,** Nr. 1, Nicht behandelte oder neue Themen, S. 87.

Erstens verzeichnen mehrere Importländer eine starke Nachfrage nach Agrotreibstoffen, um ihre Ziele betreffend den Mix mit konventionellen Treibstoffen zu erreichen. Agrotreibstoffe dürften bis 2010–2012 in der Europäischen Union, in den Vereinigten Staaten und in Japan 5–10% der Transportbrennstoffe darstellen. Trotz der wachsenden nationalen Produktion steigt der Bedarf an Importen.

[45] Erklärung von Bern, *Novartis-Niederlage vor indischem Gericht: EvB fordert Respektierung des Urteils*, Medienmitteilung, 6. August 2007.

[46] SECO, *Doris Leuthard unterzeichnet ein Verständigungsprotokoll mit Indien über den Schutz des geistigen Eigentums,* Medienmitteilung, 7. August 2007.

Zweitens besitzen die Entwicklungsländer Agrarland zur Produktion von Biomasse, ein günstiges Klima für den Pflanzenbau und ein grosses Reservoir an billigen Arbeitskräften und bringen damit beste Voraussetzungen mit, um zu effizienten Produzenten zu werden[47]. Die Produktionskosten für Agrotreibstoffe sind dort deutlich niedriger als in den OECD-Ländern und entsprechen in ungefähr den Weltmarktpreisen für Erdöl. Ausserdem sind die dortigen Pflanzen – Zuckerrohr für Ethanol, Palmöl für Biodiesel – viel energieeffizienter als Mais oder Raps.

„Biotreibstoff" oder „Agrotreibstoff"?

Bei Biotreibstoffen handelt es sich um aus Biomasse (nachwachsender organischer Materie) hervorgegangene Brennstoffe. Biotreibstoffe sind nicht unbedingt umweltfreundlicher oder mehr „bio" als fossile Treibstoffe; deshalb soll der Begriff „Agrotreibstoffe" verwendet werden. Heute werden überwiegend die folgenden Agrotreibstoffe verwendet:

- *Ethanol:* bei der biologischen Vergärung von Pflanzenzucker (in Zuckerrüben, Weizen, Mais, Zuckerrohr und Maniok) entstandener Alkohol. Ethanol kann entweder in Reinform oder mit Benzin beigemischt direkt in Autos verwendet werden.
- *Biodiesel:* aus Öl von Pflanzen wie Raps, Sonnenblume, Soja und Palmen fabrizierter synthetischer Treibstoff. Biodiesel kann direkt oder mit Diesel beigemischt verwendet werden.

Im Vordergrund stehen zunehmend die Agrotreibstoffe der „zweiten Generation": *ligno-zellulose-haltiges Ethanol* und *Synthesebiodiesel*. Diese Treibstoffe lassen sich aus unterschiedlichen Materialien gewinnen: land- und forstwirtschaftliche Abfälle, Abwasser und Siedlungsabfälle (Holz, Papier, Pappe und Textilien). Sie sind effizienter, umweltfreundlicher und verdrängen den Nahrungsmittelanbau nicht mehr. Allerdings ist die Verarbeitung der Stoffe komplexer und erfordert hochentwickelte und kostspielige Techniken.

Quelle: UNCTAD, *The Emerging Biofuels Market: Regulatory, Trade and Development Implications*, New York; Genf, UNO, 2006.

Agrotreibstoffe, zunächst ein Hoffnungsträger und ein Magnet für grosse Investitionen, werden heute zunehmend als Sündenbock behandelt – mit Blick auf die Umwelt (siehe Kasten unten) und mit Blick auf die Ernährungssicherheit[48].

❏ *Handelssituation*

Die globale Ethanolproduktion verzeichnete zwischen 2000 und 2006 einen starken Aufschwung. Ethanol macht etwa 3 % des weltweiten Benzinverbrauchs aus; diese Zahl dürfte sich bis 2010 verdoppeln. Weltgrösster Produzent ist Brasilien (36 % der globalen Produktion), gefolgt von den Vereinigten Staaten (33 %), China (9 %) und Indien (4 %)[49]. Brasilien belegt auch weltweit den Spitzenplatz als Exporteur, obwohl andere Entwicklungsländer ebenfalls zu grossen Exporteuren aufsteigen oder ernsthaft ein Auge auf die Exportmärkte werfen

[47] UNCTAD, *The Emerging Biofuels Market: Regulatory, Trade and Development Implications,* New York; Genf, UNO, 2006.

[48] Pierre Veya, Etienne Dubuis und Ram Etwareea, „Hier aux nues, les biocarburants sont accusés d'affamer la planète", *Le Temps*, 16. Oktober 2007. Oxfam, *Bio-fuelling poverty: Why the EU renewable-fuel target may be disastrous for poor people*, Bericht, 1. November 2007.

[49] ICTSD, „Biofuels: The New Trade Frontier?", *Bridges*, Nr. 2, April 2007.

(Südafrika, Pakistan, Paraguay, Argentinien, Kolumbien, Costa Rica, Guatemala, Malaysia, Indonesien, Thailand, Philippinen usw.)[50].

Ausserhalb der Europäischen Union wird Biodiesel erst in kleinem Umfang produziert. Deshalb fehlt ein eigentlicher internationaler Handel. Mehrere Entwicklungsländer haben allerdings sehr viel in diesen Bereich investiert, was Grund zur Annahme gibt, dass sie langfristig Biodiesel produzieren und sogar exportieren werden.

„Biotreibstoffe" sind nicht zwingend „umweltfreundlich"

Eine Studie der EMPA (Materials Science and Technology, ein Forschungsinstitut für Materialwissenschaft und Technologie der eidgenössischen technischen Hochschulen), die von mehreren schweizerischen Bundesämtern finanziert wurde, nahm die Ökobilanz verschiedener Biotreibstoffe genau unter die Lupe. Erste Erkenntnis: Biotreibstoffe sind nicht unbedingt umweltfreundlicher als fossile Treibstoffe. Zwar verursachen einige Biotreibstoffe mehr als ein Drittel weniger Treibhausgase als Benzin oder Diesel. Bei Anbau und Verarbeitung (z.B. Mais oder Soja) fallen aber andere Umweltbelastungen an. Die Schweiz muss diese Unterschiede zwischen den Biotreibstoffarten bei den diskutierten Fördermassnahmen berücksichtigen. Der Transport, u.a. von Biotreibstoffen aus dem Ausland in die Schweiz, fällt dagegen bei der Ökobilanz nur schwach ins Gewicht. Zweite Erkenntnis: In der Schweiz kann nur eine begrenzte Menge biologischer Treibstoffe produziert werden (siehe unten Abschnitt 6.3.2).

Quellen: Bundesamt für Energie, Bundesamt für Umwelt und Bundesamt für Landwirtschaft, *Nicht jeder Biotreibstoff ist umweltfreundlich*, Medienmitteilung, 22. Mai 2007. EMPA, *Empa-Studie nimmt die Ökobilanzen verschiedener Biotreibstoffe unter die Lupe*, Pressemitteilung, 22. Mai 2007. EMPA, *„Biotreibstoff" bedeutet noch lange nicht umweltfreundlich,* Medienmitteilung, 22. Mai 2007. Etienne Dubuis, „L'or vert, moins propre qu'espéré", Le Temps, 23. Mai 2007.

❑ *WTO-Regeln*

Agrotreibstoffe unterliegen gegenwärtig je nach Land sehr unterschiedlichen Zöllen und nichttarifären Massnahmen. Diese Massnahmen an der Grenze heben bisweilen die niedrigen Produktionskosten in den Entwicklungsländern auf und wirken sich deshalb negativ auf ihre Investitionen in diesem Sektor aus. Inwieweit soll sich die WTO in den Energiesektor einmischen? Haben die Praktiken der Länder Formen von Diskriminierung zwischen einheimischen und importierten Produkten zur Folge? Die WTO hat sich bislang wenig mit dem Energiesektor befasst, wird aber in Zukunft den Schiedsrichter spielen müssen[51]. Ihre künftigen Entscheidungen besitzen eine riesige Tragweite.

Klassifizierung

Die Agrotreibstoffe gehören nicht alle zur gleichen Kategorie der internationalen Produkteinreihung: Ethanol gilt als Agrarprodukt (hohe Zölle), während Biodiesel als Industrieprodukt (reduzierte Zölle) eingestuft wird[52]. Auf die beiden Produkte werden unterschiedliche Zollsätze erhoben, und sie werden von separaten Verhandlungsgruppen bearbeitet.

[50] Ram Etwareea und Frédéric Lelièvre, „Le Brésil se prépare à vendre un éthanol avec un label socio-écologique à la Suisse. Interview avec Celso Amorim, ministre brésilien", *Le Temps*, 3. November 2007.

[51] WTO, *Doha Round will benefit energy trade – Lamy*, Rede anlässlich des 20. Weltenergiekongresses in Rom, 16. November 2007.

[52] Ethanol belegt im harmonisierten System die Position 2207, Biodiesel die Position 3824.90.

Umweltgüter und -dienstleistungen

Mehrere Länder, z.B. Brasilien und Indien, haben verlangt, Agrotreibstoffe den Umweltgütern und -dienstleistungen zuzuordnen, die von reduzierten Zöllen profitieren[53]. Nach ihrer Auffassung ist es unlogisch, dass Ethanol auf dem internationalen Markt immer noch als einziges Energieprodukt durch hohe Zölle und Kontingente geschützt wird. Trotz den Anstrengungen in den Doha-Verhandlungen gelang es den Ländern nicht, sich auf die Definition von ökologischen Gütern und Dienstleistungen zu verständigen[54].

Kennzeichnung und Zertifizierung

Wegen des erwarteten Aufschwungs im Handel mit Agrotreibstoffen wird sich die Anwendung von nachhaltigen Produktionsmethoden womöglich zu einer Marktzugangsbedingung entwickeln. Die Forderung nach Nachhaltigkeitskriterien ist zwar legitim, aber die Kennzeichnung und Zertifizierung von Agrotreibstoffen könnten vor allem für die Entwicklungsländer Handelshemmnisse bedeuten. Die Auslegung des Übereinkommens über technische Handelshemmnisse der WTO bot keinen Ausweg aus dem Dilemma[55].

„Gleichwertige" Produkte

Diese Kriterien zur Unterscheidung der Agrotreibstoffe aus nachhaltiger und nicht nachhaltiger Produktion werfen ein weiteres Problem auf. Die Mitgliedsländer sind sich über die Definition der „gleichwertigen" Produkte uneinig[56]. Das Importland darf die eingeführten Erzeugnisse nicht strengeren Massnahmen unterwerfen als seine inländischen Erzeugnisse. Diese Auslegung hat Folgen für die Praktiken der Mitglieder in Sachen Hilfs- und Anreizpolitik[57] (siehe Abschnitt 6.3.2).

6.3.2 Politische Diskussion in der Schweiz

Im März 2007 verabschiedete das Parlament eine Änderung des Mineralölsteuergesetzes[58]. Diese Änderung fördert biogenes Erd- und Flüssiggas sowie andere Treibstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen durch Steuerbefreiungen. Ziel ist es, die CO_2-Abgaben zu senken, den Abstand zu den Zielsetzungen im CO_2-Gesetz zu verringern und die Ziele des Kyoto-Protokolls zu

[53] WTO, *Ministerial Declaration adopted on 14 November 2001* (Doha), Absatz 31 iii (Umweltgüter und -dienstleistungen), WT/MIN(01)/DEC/1, 20. November 2001.

[54] ICTSD, „Brazil's Call for Biofuel Liberalisation Causes Stir in Envt'l Goods Talks", *Bridges Weekly*, Nr. 34, 11. Oktober 2007.

[55] Es ist unklar, ob die Kennzeichnungsprogramme, die festhalten, wie bestimmte Güter hergestellt werden (Abläufe und Produktionsverfahren), unter den Geltungsbereich des Übereinkommens über technische Handelshemmnisse fallen. Für technische Einzelheiten s. Aimee T. Gonzales, *Bioenergy Assurance Schemes and WTO Rules*, WWF, s.d.

[56] Artikel 3 des GATT, Grundsatz der Inländerbehandlung (Verbot der Diskriminierung zwischen „gleichartigen" inländischen und eingeführten Erzeugnissen); Artikel 20 des GATT (allgemeine Ausnahmen). Der Meinungsunterschied unter den Ländern betrifft die Frage, ob die Analyse der „gleichwertigen" Produkte sich auf die physischen Produktmerkmale beschränkt oder ob auch die Produktionsverfahren und -methoden zu berücksichtigen sind.

[57] IISD, *Biofuels: At What Cost? Government Support for Ethanol and Biodiesel in Switzerland*, Global Subsidies Initiative; IISD, Juni 2007.

[58] Mineralölsteuergesetz vom 21. Juni 1996 (SR 641.61, AS 1996 3371). Die Steuerbefreiung ist in Artikel 12b (Abs. 2 und 3) geregelt.

erreichen[59]. Die Gesetzesrevision wurde in der einschlägigen Verordnung umgesetzt[60].

Anlässlich der parlamentarischen Beratungen über die Verordnung entfernte sich das Parlament vom Entwurf des Bundesrates und erliess Bestimmungen zum Schutz der einheimischen Produktion und Landwirtschaft und zur Durchsetzung von ökologischen Mindestanforderungen[61]. Der Bundesrat warnte in seinem Schreiben von Juli 2007 an die Aussenpolitischen Kommissionen (APK) des Parlaments[62], dass die Annahme solcher Schutzvorschriften den internationalen Verpflichtungen der Schweiz zuwiderlaufe (siehe oben Abschnitt 6.3.1). Um Gegenmassnahmen der Partner der Schweiz in der WTO zu vermeiden, erarbeitete der Bundesrat einen völkerrechtskonformen Gegenvorschlag:

- Alle Treibstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen – einheimische und importierte – werden steuerlich gleich belastet.
- Die Treibstoffe müssen Mindestanforderungen erfüllen, sich durch eine positive Umweltbilanz auszeichnen und unter sozialverträglichen Bedingungen produziert worden sein.
- Falls die Marktbedingungen es verlangen, könnten die Zölle auf Importe aus Staaten, mit denen die Schweiz kein Freihandelsabkommen abgeschlossen hat, bis auf die Höhe der WTO-Bindung erhöht werden.
- Etwaige Steuerkontingente müssen sowohl die inländische Produktion als auch die Importe betreffen (gegebenenfalls mit einer Zollerhöhung).

Obwohl der Verordnungsentwurf des Bundesrates den Anspruch verfolgte, nachhaltig produzierte Agrotreibstoffe zu schützen, stiess er hier und da auf Ablehnung. Die Entwicklungs-NRO wandten ein, der Vorschlag stehe im Widerspruch zum Mandat des Gesetzgebers und die ökologischen und sozialen Kriterien müssten klarer definiert werden[63].

6.3.3 Förderung der Agrotreibstoffe in der Schweiz

2007 bildeten die Agrotreibstoffe in der Schweiz für mehrere Bundesämter einen Arbeitsschwerpunkt. Der Leistungsbereich Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) fördert mehrere Projekte, mit denen Instrumente entwickelt werden sollen, um die Agrotreibstoffproduktion der Entwicklungsländer in eine nachhaltige Richtung zu lenken.

[59] Für weitere Einzelheiten siehe Seminararbeit von Joachim Kercan, *La promotion des biocarburants: portée, implications et enjeux de la modification de la Loi sur l'imposition des huiles minérales*, Genf, IUED; Lausanne, UNIL, 3. Mai 2007.

[60] Mineralölsteuerverordnung vom 20. November 1996 (SR 641.611, AS 1996 3393).

[61] Eidgenössisches Finanzdepartement, *Änderung des Mineralölsteuergesetzes: Problematische Schutzbestimmung*, Medienmitteilung, Bern, 10. Juli 2007. ATS, „Biocarburants indigènes: pas de protection", *Le Temps*, 1. Juli 2007.

[62] Bundesrat, *Änderung des Mineralölsteuergesetzes: Völkerrechtskonforme Umsetzung,* Brief an die Präsidenten der APK, Bern, 4. Juli 2007.

[63] Alliance Sud, *Alliance Sud fordert Sozialklausel für „Biotreibstoffe"*, Medienmitteilung, Bern, 29. August 2007.

❏ *Bio&Fair-Treibstoff*

Der Bio&Fair-Treibstoff wurde im August in der Schweiz von Migrol und von der NRO Gebana lanciert[64]. Es handelt sich um den ersten aus biologischem Anbau und im Einklang mit den Kriterien des fairen Handels produzierten Treibstoff. Gemäss einer vom SECO finanzierten Studie verursacht Bio&Fair 70% weniger Treibhausgase als fossile Treibstoffe. Gebana garantiert gute Arbeitsbedingungen (höhere Preise als auf den lokalen Märkten, langfristige Geschäftsbeziehungen, Vorfinanzierung, Transparenz, angemessene Lohnbedingungen) und ökologische Produktion (keine Abholzung, Dünger oder Pestizide). Bio&Fair verdrängt die Produktion von Lebensmitteln nicht: Der Treibstoff wird von etwa 350 Kleinbauern im Südwesten Brasiliens aus Sojaöl hergestellt. In der nächsten Projektphase soll die Produktion auf die Jatropha-Pflanze ausgeweitet werden, die auf trockenem, kargem Boden gedeiht. Das SECO betrachtet den Bio&Fair-Treibstoff als ersten Schritt, der zeigt, dass anspruchsvolle Sozial- und Umweltnormen eingehalten werden können.

❏ *Nachhaltigkeitsnormen für Agrotreibstoffe*

Das Energy Center der eidgenössischen technischen Hochschule Lausanne (EPFL) organisierte im April in Zusammenarbeit mit dem SECO ein Forum über Biotreibstoffe[65]. Alle betroffenen Akteure wirken daran mit: Unternehmen, politische Behörden und Vertreter der Zivilgesellschaft[66]. Über 80 Organisationen aus der ganzen Welt kündigten die Teilnahme an. Ziel ist es, internationale Normen für die Produktion und Verarbeitung von Biotreibstoffen unter Befolgung der Nachhaltigkeit auszuarbeiten[67]. Die ersten Kriterien werden für Anfang 2008 erwartet. Fragen wie Ernährungssicherheit, Klimawandel und Abholzung werden ebenfalls behandelt.

❏ *Ökobilanz der Biotreibstoffe*

Das SECO arbeitet zusammen mit der EMPA an einem Instrument für eine rasche und verlässliche Messung der Treibhausgasemissionen und der Produktionsart der verschiedenen Treibstoffe. Damit sollten die Produzenten der Entwicklungsländer rasch bestimmen können, ob ihr Biotreibstoffprojekt nachhaltig ist. Gemäss dem SECO dürfte dies den Marktzugang in Ländern verbessern, die wie die Schweiz die Befolgung von sozialen und ökologischen Kriterien verlangen.

[64] Gebana, *Bio&Fair Treibstoff – eine Chance für Kleinbauernfamilien und Umwelt*, Pressemitteilung, 28. August 2007.

[65] EPFL, *EPFL gibt globale Allianz für nachhaltige Biokraftstoffe bekannt*, Pressemitteilung, 17. April 2007.

[66] Zum Lenkungsausschuss gehören u.a. der WWF, Toyota, BP, das Mali Folkecenter, die National Wildlife Federation, Shell, die niederländische und schweizerische Regierung, die UN Foundation, Petrobras, das World Economic Forum, die Universität Kalifornien in Berkeley, Bunge und Teri India.

[67] EPFL, *Draft: Global Principles for Sustainable Biofuels Production*, discussion document, 5 June

Die Schweiz verabschiedete im März die revidierte Verordnung über die Zollpräferenzen, die im April in Kraft trat[68]. Die Importe von Waren aus Entwicklungsländern werden weiter durch Zollreduktionen begünstigt, während die am wenigsten entwickelten Länder alle Waren zoll- und kontingentfrei in die Schweiz exportieren können. Die Schweiz hat das Versprechen, das sie anlässlich der WTO-Ministerkonferenz von 2005 in Hongkong abgegeben hat, als eines der ersten Länder wahrgemacht.

🕮 **Jahrbuch 2007,** Nr. 1, Überarbeitung der Zollpräferenzen, S. 88–90. **Jahrbuch 2006,** Band 1, Ministerkonferenz von Hongkong, Hauptergebnisse, S. 94–96.

❏ *Der Fall Zucker*

Im Juli beschloss die Schweiz die Aussetzung des Präferenzzolls auf Weisszucker aus Entwicklungsländern vom 1. September bis zum 31. Dezember 2007[69]. Die starken Preisfluktuationen auf dem weltweiten Zuckermarkt gefährdeten die Vereinbarungen des Protokolls Nr. 2 des Freihandelsabkommens zwischen der Schweiz und der Europäischen Union, welches für Zucker in verarbeiteten Produkten vergleichbare Preise zwischen der Schweiz und der Europäischen Union verlangt.

Bis Ende 2006 bestanden die Importe der Schweiz zu über 95 % aus europäischem Zucker. Während des ersten Halbjahres 2007 steigerte sich der Anteil der Entwicklungsländer von 5 % auf über 50 %[70]. Diese unerwartete Entwicklung hat drei Gründe: schlechte Ernten in der Schweiz 2006; Rückgang der europäischen Überschüsse nach der Annahme der neuen EU-Zuckermarktordnung Anfang 2006; Abnahme der Exportlizenzen für die Schweiz. Erstmals in ihrer Geschichte wandte die Schweiz die Schutzklausel des allgemeinen Präferenzsystems an – mit dem Ergebnis, dass der Anteil der Entwicklungsländer an den schweizerischen Einfuhren erneut drastisch sank.

Im Dezember schlug die Schweiz eine neue Präferenzregelung für Weisszucker aus Entwicklungsländern vor[71]. Ab Januar 2008 gewährt die Schweiz wieder die Zollpräferenz von 22 Franken, allerdings im Rahmen eines Zollkontingents von 10 000 Tonnen.

Die Entwicklungs-NRO beurteilten den Entscheid, die Präferenzzölle zu streichen, als unverhältnismässig und für die Entwicklungsländer schädlich[72]. Das neue Präferenzsystem reicht nach Auffassung von Alliance Sud nicht aus, um die Exporte der armen Länder zu fördern und ihren Zucker gegenüber dem stark subventionierten europäischen Zucker mindestens konkurrenzfähig zu machen[73].

2007. Siehe auch <http://EnergyCenter.epfl.ch/Biofuels>.

68 SECO, *Erleichterter Handel mit Entwicklungsländern*, Medienmitteilung, 16. März 2007.

69 SECO, *Stabilisierung des inländischen Zuckerpreises*, Medienmitteilung, 4. Juli 2007.

70 Michel Egger, „Zollpräferenzen für Entwicklungsländer: Zuckerpolitik mit bitterem Nachgeschmack", *Global+*, Winter 2007.

71 SECO, *Zollpräferenzen auf Zuckereinfuhren – Zollfreiheit für Spezialitätengetreide aus den Anden*, Medienmitteilung, 7. Dezember 2007.

72 Alliance Sud, *Zucker: Bundesrat streicht Zollpräferenzen für Entwicklungsländer*, Medienmitteilung, 4. Juli 2007.

73 Alliance Sud, *Alibi-Übung für Zucker aus Entwicklungsländern*, Medienmitteilung, 7. Dezember

Die Verkäufe von Produkten aus dem fairen Handel hatten 2006 Hochkonjunktur und erzielten mit 1,6 Milliarden Euro einen Zuwachs um 41 % gegenüber dem Vorjahr. Die Anzahl Lizenznehmer nahm um 30 % zu und betrifft nun 1954 Unternehmen in 21 Ländern. Global gesehen sind rund 1,4 Millionen Menschen aus benachteiligten Regionen des Südens in das System des fairen Handels eingebunden[74].

Die Schweiz verzeichnete 2006 zwar stagnierende Verkäufe, bleibt aber in Sachen Marktdurchdringung und Ausgaben pro Bewohner immer noch an der Weltspitze. 2007 fanden in der Schweiz mehrere interessante Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem fairen Handel statt:

❏ *15. Jahrestag von Max Havelaar*

Die Max Havelaar-Stiftung (Schweiz), die das Gütesiegel für fair gehandelte Produkte vergibt, feierte 2007 ihr 15-jähriges Bestehen. Die Verkäufe von Max-Havelaar-Produkten nahmen 2006 um 1,2 % zu und erreichten 223,4 Millionen Franken. Die Umsatztrends zeigen, dass die konventionellen Produkte wie Bananen, Kaffee und Kakao stagnieren, während neue Artikel wie Textilien, Rosen und Ananas Marktanteile gewinnen. Als Reaktion auf diese Stagnation kündigte Max Havelaar neue Strategien in Richtung Einzelhandel und Gastronomie an[75].

Dank dem Mindestpreis und der „Fairtrade"-Prämie erzielten die Produzentenorganisationen im Jahr 2006 30 % mehr Einnahmen, als sie im konventionellen Handel erwirtschaftet hätten. Die Zusatzeinnahmen von 11,7 Millionen Franken wurden gemäss den Entscheidungen der Produzenten in Projekte in den Bereichen biologischer Anbau, Ausbildung und Gesundheit investiert. Gegenwärtig gibt es 14 Produkte mit dem Max-Havelaar-Gütesiegel[76]. Die umsatzstärksten Partner von Max Havelaar bleiben unverändert Migros und Coop.

❏ *Verwaltung des Labels STEP durch Max Havelaar*

Seit 2007 wird das Label STEP als eigenständige Geschäftseinheit innerhalb der Max Havelaar-Stiftung (Schweiz) geführt[77]. Die Stiftungsräte der beiden Initiativen versprechen sich davon eine Stärkung des fairen Handels in der Schweiz. Beide Labels bleiben in ihrer jetzigen Form erhalten. Das Label STEP steht für fairen Handel mit handgemachten Teppichen.

2007.

74 Fairtrade Labelling Organisations International (FLO), *Annual Report 2006-07*, Bonn, FLO, s.d.

75 Stiftung Max Havelaar (Schweiz), *Max Havelaar will neue Absatzkanäle erobern,* Medienmitteilung, 15. Mai 2007.

76 Ananas, Avocado, Banane, Baumwolle, Blumen, Fruchtsaft, Honig, Kaffee, Kakao/Schokolade, Mango, Pflanzen, Reis, Tee, Zucker.

77 Max Havelaar-Stiftung (Schweiz), *Zusammenschluss der Max Havelaar-Stiftung (Schweiz) und der*

❏ *Gründung des Vereins Swiss Fairtrade*

Im Oktober 2007 schlossen sich NRO, Importeure und Labelorganisationen im Verein Swiss Fairtrade[78] zusammen. Swiss Fairtrade soll zum Sprachrohr für die Wahrung der Interessen des fairen Handels in der Schweiz werden und die Grundsätze des fairen Handels sowie die Kriterien durchsetzen, wonach eine Partnerschaft mit den Produzenten in den Entwicklungsländern geschaffen werden muss. Die Zusammenarbeit mit den internationalen Organisationen des fairen Handels spielt eine wesentliche Rolle[79]. Mit der Schaffung des Vereins wird die informelle Zusammenarbeit innerhalb des Schweizer Forums Fairer Handel auf eine formellere Grundlage gestellt.

❏ *Internationale Verankerung der schweizerischen Bekleidungsinitiative*

Im Juni schloss sich die ISCOM[80], die schweizerische unabhängige Überprüfungsinitiative in Bekleidungsindustrie, mit der niederländischen Fair Wear Foundation[81] zusammen. Beide Organisationen setzten sich für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Bekleidungsindustrie ein und überprüfen als unabhängige Stelle die Umsetzung der Verhaltenskodizes der teilnehmenden Firmen. Die neue Plattform in der Schweiz wird von den teilnehmenden Firmen, den Gründungsorganisationen und seit 2007 auch von der Gewerkschaft UNIA getragen.

QUELLEN

Internationale Organisationen

Welthandelsorganisation/World Trade Organisation (WTO)

Chairman's Introduction to the Draft NAMA Modalities, JOB(07)/126, 17. Juli 2007.

Doha Round will benefit energy trade – Lamy, Rede anlässlich des 20. Weltenergiekongresses in Rom, 16. November 2007.

International Trade Statistics, 31. August 2007.

Ministerial Declaration adopted on 14 November 2001, WT/MIN(01)/DEC/1, 20. November 2001.

Ministerial Declaration adopted on 18 December 2005, WT/MIN (05)/DEC, 22. Dezember 2005.

Recommendations of the Task Force on Aid for Trade, WT/AFT/1, 27. Juli 2006.

Revised Draft Modalities on Agriculture, TN/AG/W/4, 1. August 2007**.**

World Trade Report 2007, Genf, 4. Dezember 2007.

Weitere internationale Organisationen

Gurria, Angel, Generalsekretär der OECD, *Aid for Trade : Making Globalisation Work for All*, Rede vor der WTO am 20. November 2007.

OECD und WTO, *Aid for Trade at a Glance 2007*, Vol. 1, *1st Global Review*, Vol. 2, *Country and Agency Chapters*, 2007.

Page, Sheila, *The Potential Impact of the Aid for Trade Initiative*, G-24 Discussion Paper Series, Nr. 45, UNCTAD, April 2007.

UNCTAD, *The Emerging Biofuels Market : Regulatory, Trade and Development Implications*, New York ; Genf, UNO, 2006.

Stiftung Label STEP : Stärkung des fairen Handels, Medienmitteilung, 14. Dezember 2006.

78 Swiss Fairtrade, *Swiss Fairtrade : Der Faire Handel verstärkt sein Engagement in der Schweiz,* Pressemitteilung, 8. Oktober 2007.

79 Besonders die International Fair Trade Association (IFAT) und die FLO.

80 Bei ISCOM (International Social Compliance Verification) handelt es sich um eine Initiative von Brot für alle, Fastenopfer und der Max Havelaar-Stiftung (Schweiz) im Anschluss an das Pilotprojekt der Clean-Clothes-Kampagne. Siehe <http://www.is-com.org> u, Medienmitteilung, 5. Juni 2007.

81 Fair Wear Foundation, *Unabhängige Prüfungsinitiative in Bekleidungsindustrie wird international*,

Offizielle schweizerische Quellen

Eidgenössisches Finanzdepartement, *Änderung des Mineralölsteuergesetzes: Problematische Schutzbestimmung*, Medienmitteilung, Bern, 10. Juli 2007.

SECO, *Doris Leuthard unterzeichnet ein Verständigungsprotokoll mit Indien über den Schutz des geistigen Eigentums*, Medienmitteilung, 7. August 2007.

SECO, *Erleichterter Handel mit Entwicklungsländern*, Medienmitteilung, 16. März 2007.

SECO, *Stabilisierung des inländischen Zuckerpreises*, Medienmitteilung, 4. Juli 2007.

SECO, *WTO: Dritte Revision der Pharma-Initiative*, Medienmitteilung, 11. Juni 2007.

SECO, *Zollpräferenzen auf Zuckereinfuhren – Zollfreiheit für Spezialitätengetreide aus den Anden*, Medienmitteilung, 7. Dezember 2007.

Forschung

EPFL, *Draft Global Principles for Sustainable Biofuels Production*, Diskussionsunterlage, 5. Juni 2007.

EPFL, *EPFL gibt globale Allianz für nachhaltige Biokraftstoffe bekannt*, Pressemitteilung, 17. April 2007.

Graduate Institute of International Studies (HEI, Geneva) and Global Economic Governance Programme (University of Oxford), *A Governance Audit of the WTO: Making Global Trade Work for Development*, WTO Public Forum, 4.–5. Oktober 2007.

Kercan, Joachim, *La promotion des biocarburants: portée, implications et enjeux de la modification de la Loi sur l'imposition des huiles minérales*, Genf, IUED; Lausanne, UNIL, 3. Mai 2007.

Nichtregierungsorganisationen und Lobbygruppen

Alliance Sud, *Alibi-Übung für Zucker aus Entwicklungsländern*, Medienmitteilung, 7. Dezember 2007.

Alliance Sud, *Alliance Sud fordert Sozialklausel für „Biotreibstoffe"*, Medienmitteilung, Bern, 29. August 2007.

Alliance Sud, *Zucker: Bundesrat streicht Zollpräferenzen für Entwicklungsländer*, Medienmitteilung, 4. Juli 2007.

Center of Concern and IATP, *Statement: Global Aid for Trade Review (November 21–22)*, 2007.

Egger, Michel, „Zollpräferenzen für Entwicklungsländer: Zuckerpolitik mit bitterem Nachgeschmack", *Global+*, Winter 2007.

Erklärung von Bern, *Novartis-Niederlage vor indischem Gericht: EvB fordert Respektierung des Urteils,* Medienmitteilung, 6. August 2007.

Fair Wear Foundation, *Unabhängige Prüfungsinitiative in Bekleidungsindustrie wird international*, Medienmitteilung, 5. Juni 2007.

Fairtrade Labelling Organisations International (FLO), *Annual Report 2006–07*, Bonn, FLO, s.d.

Gebana, *Bio&Fair Treibstoff – eine Chance für Kleinbauernfamilien und Umwelt*, Pressemitteilung, 28. August 2007.

IATP, *WTO's Aid For Trade Agenda Raises Questions*, Pressemitteilung, 19. November 2007.

IISD, *Biofuels: At What Cost? Government Support for Ethanol and Biodiesel in Switzerland*, Global Subsidies Initiative; IISD, Juni 2007.

Max Havelaar-Stiftung (Schweiz), *Max Havelaar will neue Absatzkanäle erobern,* Medienmitteilung, 15. Mai 2007.

Max Havelaar-Stiftung (Schweiz), *Zusammenschluss der Max Havelaar-Stiftung (Schweiz) und der Stiftung Label STEP: Stärkung des fairen Handels,* Medienmitteilung, 14. Dezember 2006.

Oxfam, *Bio-fuelling poverty: Why the EU renewable-fuel target may be disastrous for poor people*, Bericht, 1. November 2007.

Smaller, Carin, *The hitchhiker's guide to Aid for Trade,* IATP, 13. November 2007.

Swiss Fairtrade, *Swiss Fairtrade: Der Faire Handel verstärkt sein Engagement in der Schweiz,* Pressemitteilung, 8. Oktober 2007.

INTERNET-ADRESSEN

ACICI: <http://www.acici.org>.

Alliance Sud: <http://www.alliancesud.ch>.

Economiesuisse – Verband der Schweizer Unternehmen: <http://www.economiesuisse.ch>.

EFTA: <http://www.eftafairtrade.org>.

EMPA: <http://www.empa.ch> oder <http://www.ethz.ch>.

EPFL: <http://EnergyCenter.epfl.ch/Biofuels>.

Erklärung von Bern: <http://www.evb.ch>.

Europäische Union: <http://www.europa.eu.int>.

Fair Wear Foundation: <http://www.fairwear.org>.

FLO : <http://www.fairtrade.net>.
IATP : <http://www.iatp.org> und <http://tradeobservatory.org>.
ICTSD : <http://www.ictsd.org>.
IDEAS Centre : <http://www.ideascentre.ch>.
IFAT : <http://www.ifat.org>.
IISD : <http://www.iisd.org>.
Max Havelaar-Stiftung (Schweiz) : <http://www.maxhavelaar.ch>.
NEWS : <http://www.worldshops.org>.
OECD : <http://www.oecd.org>.
Office of the United States Trade Representative : <http://www.ustr.gov>.
Oxfam International : <http://www.oxfaminternational.org>.
Schweizerischer Bauernverband : <http://www.bauernverband.ch>.
SECO : <http://www.seco-admin.ch>.
South Centre : <http://southcentre.org>.
Swissfair Trade : <http://www.swissfairtrade.ch>.
Third World Network : <http://www.twnside.org.sg>.
UNCTAD : <http://www.unctad.org>.
UNO : <http://www.un.org>.
Weltbank : <http://www.worldbank.org>.
WTO : <http://www.wto.org>.

Medienmitteilung, 5. Juni 2007.